

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

27 (11.5.1946)

Italien haben die ...

Verlag: Badendruck GmbH.

Was selbstverständlich sein sollte

Frankfurt, 10. Mai. (DANA) Das amerikanische Hauptquartier gibt bekannt:

Washington, 10. Mai. (DANA) In einer Botschaft zum Jahrestag des Sieges in Europa sagte Präsident Truman:

London, 10. Mai. (DANA) Der britische Ministerpräsident Attlee sandte zum ersten Jahrestag des alliierten Sieges über Deutschland folgende Botschaft an Generalissimo Stalin:

Washington, 10. Mai. (DANA) Der Senat der Vereinigten Staaten beschloß nach einer Meldung des New Yorker Rundfunks, das am 15. Mai ablaufende amerikanische Militärdienstpflichtgesetz vorläufig bis zum 1. Juli zu verlängern.

Washington, 10. Mai. (DANA) Der Senat der Vereinigten Staaten beschloß nach einer Meldung des New Yorker Rundfunks, das am 15. Mai ablaufende amerikanische Militärdienstpflichtgesetz vorläufig bis zum 1. Juli zu verlängern.

Washington, 10. Mai. (DANA) Der Senat der Vereinigten Staaten beschloß nach einer Meldung des New Yorker Rundfunks, das am 15. Mai ablaufende amerikanische Militärdienstpflichtgesetz vorläufig bis zum 1. Juli zu verlängern.

Washington, 10. Mai. (DANA) Der Senat der Vereinigten Staaten beschloß nach einer Meldung des New Yorker Rundfunks, das am 15. Mai ablaufende amerikanische Militärdienstpflichtgesetz vorläufig bis zum 1. Juli zu verlängern.

BADISCHE

NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruhe, Samstag, 11. Mai 1946. Nummer 27. Einzelverkaufspreis 20 Pfg.

AUFRUF ZUM FREIWILLIGEN EHRENDIENST AM WIEDERAUFBAU

von Oberbürgermeister Veit

Karlsruher!
Im Herbst des letzten Jahres vor Beginn des gefährlichsten Winters unserer Geschichte rief ich Euch zur Notgemeinschaft auf. Mit bewundernswerter Disziplin und Opferbereitschaft seid Ihr ohne nationalsozialistischen Terror und Zwang dem Rufe freiwillig gefolgt und habt durch Eure Hilfe viel Leid und Elend abgewendet oder doch gemildert. Dafür gebührt Euch herzlichster Dank.

Nun ist der Frühling wieder in unser Land eingezogen und erfüllt uns trotz allem Leid und allen Trümmern mit neuem Lebensmut und neuen Hoffnungen. Nun wollen wir ans Werk gehen, unsere liebe Heimatstadt wieder aufzubauen. Die erste Voraussetzung hierzu ist

die Beseitigung der Trümmer.
Wir haben alle technischen Voraussetzungen für eine großzügige Bereinigung der Stadt durch die Gründung der Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Unternehmer geschaffen.

Was uns fehlt sind die **Arbeitskräfte**. Wir wollen möglichst Zwang vermeiden und appellieren an den Opfergeist der Karlsruher Bevölkerung. Die Beseitigung des Schuttes ist nicht nur die Sache der Handarbeiter. Die Größe der Aufgabe verlangt den Einsatz aller Männer. Sie kann aus dem gleichen Grunde nicht nur im Wege der Strafarbeit durch ehemalige P.g. gelöst werden.

Sie ist **Ehrensache des ganzen Volkes.**
Deswegen rufe ich alle männlichen Bewohner der Stadt vom 14. bis 65. Lebensjahr auf, sich beim Arbeitsamt zum Ehrendienst für den Wiederaufbau zu melden. Keiner ist für diese Arbeit zu schade, keiner so beschäftigt, daß er nicht mithelfen könnte, nur wenige so krank, daß sie befreit werden müssen. Damit auch die Berufstätigen ihrer Ehrenpflicht nachkommen können, wird die Ableistung des Ehrendienstes in kleinsten Zeiträumen bis zur Halbtagsarbeit gestattet.

Wer seiner Ehrenpflicht nachgekommen ist, erhält die Ehrenkarte. Mindestleistungen zur Erfüllung der Ehrenpflicht und Erlangung der Ehrenkarte sind

- 1. für vollbeschäftigte politisch Unbelastete 7 Arbeitstage
- 2. für nicht- oder nicht vollbeschäftigte Unbelastete 14 Arbeitstage
- 3. für vollbeschäftigte Personen, die unter das Befreiungsgesetz fallen 20 Arbeitstage
- 4. für nicht- oder nicht vollbeschäftigte Personen, die unter das Befreiungsgesetz fallen 30 Arbeitstage

Es kann jeder, der sich meldet, selbst bestimmen, ob er den Ehrendienst in einem Stück oder in Teilleistungen bis zur Halbtagsarbeit pro Woche ableisten will. Für 10 hintereinander abgeleistete Arbeitstage wird ein Tag, für 20 hintereinander abgeleistete Tage werden zwei Tage, für 30 hintereinander abgeleistete Tage, drei Tage gutgeschrieben. Politisch Belastete haben sich selbst das Pensum ihrer Arbeitspflicht zu bestimmen unter Berücksichtigung der Schwere ihrer Belastung. Die angegebenen Zeiten sind nur Mindestzeiten.

Nach der Ehrenkarte, deren Besitz jeder anständig denkende männliche Bewohner unserer Stadt anstreben muß, um von sich sagen zu können, daß er am Wiederaufbau unserer Stadt mitgeholfen hat, wird gefragt werden, wenn politisch Belastete bevorzugt vor die Spruchkammern kommen wollen, wenn die Bewährung politisch Belasteter nachgewiesen werden soll, wenn eine Arbeitsstelle gesucht wird, bei der Wohnungszuteilung und in allen sonstigen Fällen, in denen Anliegen bei Behörden vorgebracht werden.

Darum versäume es keiner, sich die Ehrenkarte zu erarbeiten. Nur Schwerkranke können von der Arbeit befreit werden. Sie haben unter Vorlage eines ärztlichen Attestes um Befreiung von der Ehrenpflicht nachzusuchen. Ueber das Gesuch entscheidet eine ärztliche Kommission. Sämtliche nachweisbar in Arbeit stehende Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter werden auf Ansuchen vom Ehrendienst befreit. Wer aus sonstigen zwingenden beruflichen Gründen sich nicht einmal einen halben Tag pro Woche für den Ehrendienst frei machen zu können glaubt, kann beim Arbeitsamt Antrag auf Befreiung vom Ehrendienst stellen. Ueber den Antrag entscheidet eine Kommission.

Wer sich rasch zur Meldung entschließt, erleichtert uns den Einsatz. Darum werden wir die Anmeldungen mit Nummern versehen, die auf die Ehrenkarte übertragen werden. Unter mehreren Ehrenkartenbesitzern hat der Inhaber der niedersten Nummer den Vorzug. Wer im Ehrendienst arbeitet, ist gegen Unfall versichert. Wer Lohnausfall hat oder auf den Verdienst angewiesen ist, erhält den Tariflohn. Alle sonstigen arbeiten ehrenamtlich.

Um zu zeigen, daß auch wichtigste Arbeit für die Allgemeinheit die Ableistung des Ehrendienstes nicht ausschließt, habe ich mich unter Nr. 1 und hat sich der Direktor Konz des Arbeitsamts unter Nr. 2 zum Ehrendienst gemeldet.

Karlsruhe! Folgt unserem Beispiel! Gemeinschaftlich wollen wir alle ohne Unterschied der Stellung an den Wiederaufbau gehen. Karlsruhe soll die erste, schwer geschädigte Stadt sein, die von den Trümmern, die uns der Nationalsozialismus hinterlassen hat, freigemacht ist. Meldet Euch alle! Meldet Euch sofort! Keiner darf fehlen! Wenn wir alle zusammenstehen, wird es um so schneller gelingen

Karlsruhe wieder aufzubauen!
Das Arbeitsamt nimmt Meldungen ab 15. Mai 1946 entgegen.

Aus aller Welt

Washington, 10. Mai. (DANA) Der stellv. Außenminister Dean Acheson erklärte, daß die Vereinigten Staaten sich jetzt von allen während des Krieges in Südamerika errichteten militärischen Stützpunkten zurückzögen.

Washington, 10. Mai. (DANA) An Präsident Trumans 62. Geburtstag gab Generalstaatsanwalt Clark ein Geburtstagsessen, an dem Präsident Truman als Ehrenmitglied, ein Mitglied des Kabinetts und des Obersten Gerichtshofes teilnahmen.

Paris, 10. Mai. (DANA) Das französische Außenministerium gab am 8. Mai 1946 bekannt, drei französische Beobachter zu den Atombombenversuchen auf dem Bikini-Atoll im Pazifik im Juli und August zu entsenden. Die Einladung erfolgte von den Vereinigten Staaten.

Wien, 10. Mai. (DANA) Der ehemalige ungarische Ministerpräsident, Graf Karolyi, der sich zu einem vierwöchigen Besuch nach Budapest begeben, erklärte in einem Interview mit dem Berichterstatter des britischen Rundfunks, Patrick Smith, er wolle nach seiner Rückkehr nach Ungarn keine politische Rolle mehr spielen.

Rom, 10. Mai. (DANA) König Viktor Emanuel von Italien, wie die Königliche Haushofsverwaltung Signor Falco Lucifero erklärte, noch vor dem am 2. Juni stattfindenden Volksentscheid über die Monarchie abzutreten.

Mallard, 10. Mai. (DANA) Am 7. Mai, zwei Wochen nach dem geheimnisvollen Verschwinden der Leiche Mussolinis aus dem hiesigen Friedhof, gestanden, wie UP meldet, die verhafteten Faschisten, daß der ganze Plan von General Enzo Galvati, einem bekannten Faschisten und General von Mussolinis Miliz, entworfen und durchgeführt wurde. Zwei der Verhafteten gaben zu, große Geldsummen von Galvati erhalten zu haben, um die Leiche des Duce zu entfernen und sie Offizieren des Generals zu übergeben.

Belgrad, 10. Mai. (DANA) Ein Freundschafts- und Beistandspakt zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien wurde von Marschall Tito und dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Fierlinger in Belgrad unterzeichnet. Der Vertrag verpflichtet die Partner zu gegenseitiger militärischer Hilfe im Falle eines Angriffs von seiten Deutschlands oder einer Staatengruppe, die Deutschland einschließt.

Windhuk, 10. Mai. (DANA) Das südwestafrikanische Parlament in Windhuk nahm am Donnerstag einstimmig einen Vorschlag an, wonach die Mandatsaufsicht des Völkerbundes über Südwestafrica beendet und das Land in die Südafrikanische Union eingegliedert werden soll.

Tokio, 10. Mai. (DANA) Der japanische Kaiser Hirohito befragte am 16. Mai eine außerordentliche Sitzung des Reichstages ein.

Tokio, 10. Mai. (DANA) Der Rest der ehemaligen großen japanischen Flotte wurde am 8. Mai im Stillen Ozean von einem australischen Zerstörer durch Artilleriefeuer versenkt. Die japanische Flotte von Kleinstunterseebooten wird in dem ehemaligen Marinestützpunkt Kure verschrottet.

Seoul (Korea), 10. Mai. (DANA) Die amerikanischen-sowjetischen Verhandlungen über die Bildung einer provisorischen koreanischen Regierung scheiterten am 9. Mai an der Frage, ob der koreanischen Bevölkerung die Freiheit gewährt werden solle. Die amerikanisch-sowjetische Kommission vertagte sich, ohne einen Zeitpunkt für eine weitere Zusammenkunft festzulegen.

Berlin, 10. Mai. (DANA) Eine ordentliche Sitzung des Alliierten Kontrollrates unter dem Vorsitz des Marschalls der Royal Air Force Sholto Douglas, fand am Freitag in Berlin statt. Der Kontrollrat bestätigte drei neue Steuererlasse, deren Wortlaut am 17. Mai veröffentlicht werden wird.

Washington, 10. Mai. (DANA) Der UNRRA-Leiter La Guardia hat in der Donnerstagsitzung des UNRRA vorgeschlagen, die Durchführung der Nahrungsmittellieferungen in die Hungergebiete der Welt einem Unterausschuß der Organisation der Vereinten Nationen zu übertragen. Die Einrichtung eines solchen Amtes, so erklärte La Guardia, werde Spekulationen unter den Lieferanten verhindern und so zu einer gerechteren Verteilung der vorhandenen Vorräte führen. Im Anschluß kam der UNRRA-Direktor auf die Lage der verschleppten Personen in Europa zu sprechen und bezeichnete die bisher getroffenen Maßnahmen als nicht zufriedenstellend. Er kritisierte in diesem Zusammenhang die mangelnde Bereitschaft der Vereinigten Staaten, diesen Verschleppten die Einwanderung zu gestatten.

Washington, 10. Mai. (DANA) Der Senat der Vereinigten Staaten beschloß nach einer Meldung des New Yorker Rundfunks, das am 15. Mai ablaufende amerikanische Militärdienstpflichtgesetz vorläufig bis zum 1. Juli zu verlängern.

Nanking, 10. Mai. (DANA) Die chinesischen Regierungstruppen und die kommunistischen Truppen trafen ein Abkommen, in Zentralchina das Feuer einzustellen. Diese Abmachung ebnet, wie amtliche Nanking Quellen erklären, den Weg zu neuen Verhandlungen über die Kämpfe in der Mandchurei.

Jugoslawische Republik durch USA anerkannt
Washington, 10. Mai. (DANA) Das amerikanische Außenministerium veröffentlichte den Wortlaut zweier Noten, die dem jugoslawischen Geschäftsträger am 16. April überreicht wurden und in denen die jugoslawische Volksrepublik anerkannt und die Ernennung Sava Kasanowitsch zum jugoslawischen Botschafter in den Vereinigten Staaten bestätigt wird.

Die amerikanische Anerkennung der jugoslawischen Republik erfolgte nach Erhalt einer Antwort auf eine amerikanische Note vom 22. Dezember 1945, in der die Anerkennung von der Erfüllung verschiedener Bedingungen abhängig gemacht wurde. U. a. wurde vorausgesetzt, daß die jugoslawische Regierung die volle Verantwortung für jugoslawische internationale Verpflichtungen übernimmt und die bestehenden Verträge zwischen den Vereinigten Staaten und Jugoslawien weiterhin anerkennt.

Lebensmittelversorgung der Welt wird organisiert

Washington, 10. Mai. (AP). Die Tagesordnung der Sitzung des Ernährungs- und Landwirtschaftsausschusses vom 20. Mai umfaßt folgende Punkte:

1. a) Folgerungen aus dem von der Arbeitsgruppe der Organisationen, die sich mit der Ernährungsfrage beschäftigen, aufgestellten Zahlenmaterial;
b) Mittel, durch die das Ernährungs- und Landwirtschaftsamt in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Regierungen die Ernährungsfrage beobachten kann. Berichte an die Regierungen über die Schwankungen der Erntemengen in jedem Teil der Welt und andere Faktoren bezüglich der Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln, so daß notwendige Maßnahmen mit dem geringstmöglichen Aufwandsvermögen werden können.

2. a) Maßnahmen, die ergriffen werden können, um mit den für 1946 und 1947 zur Verfügung stehenden Nahrungsmitteln hauszuhalten und ihre bestmögliche Verwendung zu sichern;
b) Maßnahmen zur Sicherung eines Höchstniveaus der Ernte für 1947 in allen Ländern.

3. Erstellung von Empfehlungen an die Regierungen bezüglich des Vier- oder Fünfjahresplanes, die geeignet sind, der Welt über die gegenwärtige Lebensmittellage hinwegzuhelfen und zu einer wirkungsvollen und reibungslosen Überführung der Notstandsmaßnahmen in ständige Einrichtungen beizutragen.

US-Marine liefert Nahrungsmittel
Die Marine der Vereinigten Staaten der USA-Armee hat 38 Millionen Pfund überschüssiger Nahrungsmittel zur Ernährung der Zivilbevölkerung in Deutschland und Japan überstellt.

Unter den Nahrungsmitteln, die infolge der raschen Demobilisierung der amerikanischen Marine

das erste halbe Jahr für die notleidenden Länder vorgesehen waren, zu verschiffen.

Der Generaldirektor der UNRRA, La Guardia, der dem Ernährungsamt die Forderungen der von der UNRRA unterstützten Länder vorlegte, gab der Hoffnung Ausdruck, daß für den Monat Juni größere Getreidemengen verfügbar gemacht werden könnten.

Sonderbotschaft Trumans an die Vereinten Nationen
Washington, 10. Mai. (DANA). Präsident Truman hat eine Sonderbotschaft an die Vereinten Nationen erlassen, in der er verlangt, daß sich die Völker der Welt den Aufgaben widmen, die vor ihnen liegen, und mit der Einigkeit, mit der sie den Krieg gewonnen haben, nun auch den Frieden zu gewinnen.

„Die Völker der Welt“, so sagte Präsident Truman in seiner Botschaft, „die den Sieg mühselig gemacht haben, haben nun die große und einzigartige Möglichkeit, eine gerechte, friedliche und sichere Welt aufzubauen.“

Der Präsident fügte jedoch hinzu, daß diese Gelegenheit nicht andauern wird. „Sie muß schnell, vollkommen und selbstlos jetzt ergriffen werden.“

Eisenhower bei Tschiangkaishhek
Nanking, 10. Mai. (AP) General Dwight D. Eisenhower, der sich auf einer Reise durch den Fernen Osten befindet, nahm heute an einem Essen mit Generalissimo Tschiangkaishhek und Frau Tschiangkaishhek teil.

Eisenhower hatte außerdem eine Besprechung mit General George Marshall, dem Sonderbotschafter Präsident Trumans in China.

In einer Ansprache an amerikanische Soldaten in der chinesischen Hauptstadt sagte General Eisenhower: „Wir in den Vereinigten Staaten glauben nicht, daß die Welt lange bestehen kann in einer Atmosphäre des Verdachtes, der gegenseitigen Beschuldigung und einer endlosen Aufrüstung.“

minstreitkräfte frei wurden, befinden sich 5 Millionen Pfund Schinken, 4 Millionen Pfund Granat-Fruit-Saft in Büchsen und 3 1/2 Mill. Pfund Aprikosen-Konserven.

Amerika kürzt Fettzuteilung
Das amerikanische Landwirtschaftsministerium erließ am Donnerstagabend eine Verfügung, wonach die Zuteilung von Fett und Pflanzenölen in den Vereinigten Staaten mit sofortiger Wirkung bis Ende Juni um 10 Prozent herabgesetzt wird.

Das amerikanische Außenministerium hat an Präsident Truman die dringende Bitte gerichtet, alle möglichen Schritte zu tun, um die Beschleunigung der amerikanischen Weizenverschiffungen nach den hilfsbedürftigen Ländern zu erreichen. Das Außenministerium betont dabei besonders, daß die Vereinigten Staaten hinsichtlich ihrer Exportverpflichtungen in den ersten Monaten 1946 um 731 000 To. im Rückstand geblieben sind.

Getreidevorräte der britischen Zone am Ende
Der Leiter des britischen Kontrollrates für Deutschland und Oesterreich, Minister H v n d, erklärte im Unterhaus, daß die Getreidevorräte in der britischen Zone bei den gegenwärtigen Zuteilungen voraussichtlich bis Ende des Monats ausreichen.

Aegypten will Hirse und Weizen liefern
Kairo, 10. Mai. (AP). Aegypten kann 40 000 To. Hirse der UNRRA zur Verfügung stellen, wobei zunächst der Mittlere Osten und Griechenland berücksichtigt werden sollen, bevor Lieferungen an Europa erfolgen. Landwirtschaftsminister Hussein Eana Pascha hatte Präsident Trumans Sonderge-

sandten Hoover bei dessen Besuch in Kairo erklärt, die ägyptische Weizenerte sei ziemlich gut. Wenn Überschüsse vorhanden seien, würden sie der UNRRA zur Verfügung gestellt werden.

Schweiz spendet Lebensmittel
Bern, 10. Mai. (DANA) Nach einer BBC-Meldung hat die Schweizer Bundesregierung am 8. Mai mitgeteilt, daß sie 10 600 Tonnen Lebensmittel zur Verteilung an unterernährte Kinder in Europa freizugeben hat.

Verminderte Getreidesendungen für notleidende Länder
Washington, 10. Mai. (DANA) In der Mittwochssitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Ernährungsamtes wurden die Zuteilungen von Brotgetreide für die von der UNRRA belieferten Länder, für Indien sowie für die britische und amerikanische besetzte Zone Deutschlands scharf herabgesetzt.

Den von der UNRRA zu versorgenden Ländern wurden für den Monat Mai 49 000 Tonnen zugeteilt, gegenüber einer Forderung von 700 000 für Mai und einer Zuteilung von 350 000 Tonnen im April. Indien erhielt an Stelle der geforderten 500 000 Tonnen eine Zuteilung von 265 000 Tonnen. Die Zuteilungen für die britische und amerikanische Zone wurden nicht ziffernmäßig bekanntgegeben, jedoch bezeichnete der Vertreter Großbritanniens, Maurice Hutton, die Zuteilung für die britische Zone als sehr klein.

Pressevertreter gegenüber äußerte der amerikanische Landwirtschaftsminister Anderson, daß es nach den seinem Ministerium vorliegenden entmutigenden Berichten Amerikas schwer fallen würde, die sechs Millionen Tonnen Getreide, welche für

Wirtschaftsdemokratie SPD-Parteitag in Hannover

SPD-Parteitag der Westzone in Hannover

Sozialismus

Von Alex Möller, 1. Vorstandsmitglied der Karlsruher Lebensversicherung AG

Von Willy Boepfle

Durch Beschlüsse des Kontrollrats sind die Arbeitnehmer in allen vier Besatzungszonen Deutschlands zwei Gesetze geschützt worden, deren Bedeutung und Auswirkung noch nicht allen Beteiligten und Interessierten völlig klar ist.

Das am 30. März 1946 verkündete Arbeitserleichterungsgesetz stellt im wesentlichen den alten Zustand, wie er vor 1933 bestanden hat, wieder her und überträgt die arbeitsgerichtliche unparteiische Entscheidung über Streitigkeiten in Arbeitsachen. Daß diese Arbeitsgerichtsbarkeit unparteiisch ist, wird durch die Beschlüsse des Kontrollrats bestätigt. Die Arbeitsgerichte zum Zwecke der Vermeidung des Landarbeiterschlichtungswegs sind sehr viel enger verbunden mit allen Fragen des Arbeitsrechts als die Justizverwaltung.

Das neue Betriebsrätegesetz, das der Kontrollrat selbst am 10. April 1946 ausfertigt hat, bringt kein Netzwerk von Paragraphen, sondern ist mit seinen 13 Artikeln ein zu verständliches Rahmengesetz, das beachtliches Spielraum für Einzelregelungen läßt. Ebenso wie die wieder erfolgte Einrichtung von Arbeitsgerichten ist die Wiedereinsetzung von Betriebsräten ein erfreulicher Schritt zur Demokratisierung des Wirtschaftslebens.

Wenn alle Gewerkschaftler in dem neuen Betriebsrätegesetz nicht alle ihre Hoffnungen und Forderungen von früher erfüllt sehen, so sollte sich trotzdem kein Gefühl der Enttäuschung festsetzen. Es ist der Geist, der sich den Körper baut. Diesen Geist der Wirtschaftsdemokratie müssen wir erst im Volke wecken, und ohne ihn nützen uns, wie im politischen Leben, die besten Gesetze nichts.

Zunächst ist noch sehr viel geistiger Schutz notwendig aus der Zeit des Nationalsozialismus mit seinem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (und der gegenseitigen Treupflicht von Führer und Gefolgschaft), mit den sogenannten sozialen Ehrengerichtungen, mit den nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen (und ihrem politischen Vertrauensmann, dem Betriebszellenobmann), mit dem Mammutgesetz der DAF. Diese Arbeit ist unsio schneller und gründlicher zu schaffen, je stärker die Einheitsgewerkschaften werden. Der Grad ihrer Einflußnahme im öffentlichen Leben ist nicht eine Frage des guten Willens ihrer Leiter, sondern hängt davon ab, in welcher Zahl die Arbeitnehmer den Weg in die gewerkschaftliche Organisation finden, die wirtschaftspolitische Weisung bestimmen und bei richtiger Zielsetzung nach vorwärts drängen.

Unzweifelhaft können die Betriebsräte diesen Organisations- und Entwicklungsprozess entscheidend fördern. Nach dem neuen Gesetz müssen sie mindestens einmal im Vierteljahr in einer Generalversammlung der Arbeiter und Angestellten ihres Betriebes, die am besten während der Arbeitszeit abgehalten ist, einen Tätigkeitsbericht erstellen.

Hier können sie die Aufgaben erfüllen werden: 1. Anhand der Tätigkeitsberichte soll sich überzeugen lassen, wie sehr jeder Einzelne im Betrieb an der Existenz und dem Wirken seines Betriebsrats interessiert ist. Das Wort: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, muß sich bewahren und die mitbräutlichen Arbeitskammeraden an ihrer schädlichen Passivität lösen.

2. Die Praxis zeigt am besten, welche Lücken auszufüllen sind und für welche Forderungen sich daher die Arbeitnehmer einsetzen haben. Nur so können wir zwanglos aus der sozialpolitischen Schutzhülle zur wirtschaftspolitischen Einflußnahme kommen.

Der Betriebsrat hat „den Schutz im Interesse der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes betreffende Aufgaben“, deren wichtigste darin bestehen, die Betriebsordnung zu vereinbaren, über die Anwendung der Tarifverträge zu verhandeln, Beschwerden zu untersuchen und an der Leitung der sozialen Einrichtungen zu arbeiten. Ein Prüfstein für die Einstellung der Arbeitgeber ist die Bestimmung, daß zwischen ihm und dem Betriebsrat Einigungen über die Regelung von Einstellungen und Entlassungen abgeschlossen werden können. Es wäre mindestens unklar (aber sehr aufschlußreich), wenn sich Arbeitgeber weigern sollten, die wichtigste Bestimmung des Betriebsratsgesetzes von 1920, das Einspruchsrecht gegen die Kündigung, nach dem Gegenstand der Vereinbarung zu machen. Nachdem das Arbeitsgerichtsgesetz wieder in Kraft gesetzt worden ist und vorzuziehen, daß Arbeitgeber solche Kündigungen überprüfen, wenn der betreffende Arbeitnehmer ein Verfahren anhängig macht, ist es auch vom Arbeitgeberstandpunkt aus gesehen nur zweckmäßig und sinnvoll, das Einspruchsrecht des Betriebsrats zu beibehalten.

Nach dem neuen Gesetz kann die Betriebsvertretung „Vorschläge für die Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Produktionsweise zur Verminderung der Arbeitslosigkeit unterbreiten“. Durch die Einschränkung auf die „Verminderung von Arbeitslosigkeit“ ist auch hier der Charakter der Schutzbestimmung offenbar. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß nicht in jedem Fall solche Vorschläge möglich, erfreulich und ernsthaft diskutiert, zu Ergebnisse führen, die beide Teile befriedigen.

Die Betriebsräte haben in Artikel 5 Ziffer 6 politische Aufgaben zu erfüllen. Sie sollen mit den Behörden bei der Verbindung aller Rüstungsindustrie und bei der Denazifizierung von öffentlichen und privaten Betrieben zusammenarbeiten. Das ist ein Vertrauensbeweis, der verpflichtet. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß eine hervorragende Bewährung bei Ausübung dieser Funktionen wirtschaftspolitisch die Konsequenzen auslöst. Sind die Betriebsräte in der Lage — und ich zweifle nicht daran —, diese ihnen zugewiesenen hochpolitischen Aufgaben hervorragend zu lösen, warum soll ihnen dann die Mitbestimmung bei der Zusammensetzung des Vorstandes, die Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat, die Kontrolle der Bilanz des Unternehmens und die Mitwirkung bei der Erfüllung der Betriebsaufgaben vorbehalten werden? Der Unternehmer sucht für den Betrieb sein Geld und sein Können, der Arbeitnehmer als sein Kapital die Arbeitskraft und ebenfalls sein Können ein. Daraus folgt, daß die Arbeiter und Angestellten eine mitbestimmende Stellung im Unternehmen zu erhalten haben.

Diese Wirtschaftsdemokratie wäre ein Fortschritt, der auch eine Erhöhung des Wirkungsgrades unserer Volkswirtschaft herbeiführen würde. Der Mensch ist und bleibt das Wichtigste im Wirtschaftsleben. Er muß durch die äußere und tatsächliche Stellung im Betrieb die innere Freiheit erhalten, die bei befriedigender Regelung der Arbeitsbedingungen als Voraussetzung seelischer Ausgeglichenheit und menschlichen Glückseligkeits den positiven Einsatz seiner Fähigkeiten zur Folge hat. Der Betrieb ist ein Stück seines Lebens. Der Mensch nimmt in der Demokratie auf Politik, Staat und Wirtschaft Einfluß, und er soll und darf nicht mehr übersehen, wie abhängig er und alles Leben von der Wirtschaft ist. Die Demokratie des Stimmzettels bleibt etwas Halbes, wenn der Arbeitnehmer nicht mit ihm durch sein politisches Votum auch die Wirtschaft neu formt. Geschichte, das, so wird sich sehr bald zeigen, wer ohne Verbehalt und Hintergedanken die Bahn frei machen will für die Mitbestimmung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer als aufbauende Kräfte in jedem Betrieb. Es ist sicher, daß sich manche Politiker im bürgerlichen Lager dieser Bewährungsprobe einer neuen Zeit nicht gewachsen zeigen. „Go, get you home, you fragments!“ Geht, fort mit euch, ihr Ueberbleibsel, wäre dann mit Shakespeares Coriolan die Antwort.

Vom 9. bis 11. Mai hält die SPD in der Hanomag-Fabrik Hannover ihren ersten Parteitag der Westzone ab, zu dem erwählte Delegierte erschienen, ferner Vertreter der neu gegründeten SPD Berlin, dann als Gäste die Vertreter der Bruderparteien aus Frankreich, Schweiz und England. Am Vorabend der Tagung war die Bezirksfeier in der Herrenhäusergalerie mit Beethovens Leonore-Ouverture und dem Schlußsatz der Eroica.

Dr. Schumacher, stürmisch begrüßt, eröffnete den ersten Parteitag der SPD nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik und führte sich im Hinblick auf die Zukunft nicht mit dem Pathos der Ueberredung und der Zwangserzwingung einer Politik, die von Frauen und Männern aus freier Erkenntnis und aus eigenem Willen getragen wird. Die Tatsache, daß wir in einem Fabrikraum unseren ersten Parteitag abhielten, ist ein Programm.

Das Mittel der Unabhängigen Arbeiterpartei, Mitglied des Unterhauses, Fenne Brockway, überbrachte Grüße aus England. Nur ein sozialistisches Deutschland sei ein wirksamer Garant des Friedens. Sicherheit könne nicht dadurch erreicht werden, daß den deutschen Arbeitern Industrien gegenüber würden, sondern nur wenn sie internationalen Frieden erhalten, die sie brauchen. Es sei wichtig, daß die Nazidiktatur von morgen von der kommunistischen Diktatur von heute abgelöst werde. Er bezeichnete die KPD in Deutschland als den Agenten einer fremden Macht und mahnte die SPD darauf zu achten, daß sie nicht auch Agent einer fremden Macht werde. Brockway, der englisch sprach, schloß mit den deutschen Worten: „Genossen! Freundschaft, Friede, Freiheit!“

Das Hauptreferat, das zweieinhalb Stunden dauerte, hielt Dr. Schumacher über „Die Aufgaben und Ziele der Deutschen Sozialdemokratie“. Aus Raumgründen müssen wir es uns verkassen, die außerordentlich bedeutsame Rede im Wortlaut wiederzugeben.

Dr. Schumacher setzte sich mit den Fragen eines Parteiprogramms auseinander. Es sei nicht nötig, ein neues Programm zu entwerfen. Es zentriere sich Aktionsprogramm der SPD und die Hilfeleistung im Kleinen, solange Selbständigkeit und freie Entscheidung nicht zentral stehen seien. Wenn wir verantwortlich sein sollten, dann als Freie. Das deutsche Volk trüme darüber, daß der Krieg verloren ging, statt darüber zu trauern, daß er überhaupt geführt wurde. Es wäre eine Gipfelleistung der Gegenwart, die heutige Situation nicht erkennen zu wollen. Es hätte in Deutschland keine weiteren Manuskripte der Reaktion werden, die die früheren bürgerlichen Parteien lebten noch in der Vorstellungswelt alter Auffassung. Sie merken nicht, daß sich die Welt geändert hat, weil sie noch im Einklang mit der Diktatur konserviert werden.

Es hätten in Deutschland viele Leute zu lernen, was Demokratie eigentlich heißt. Die CDU glaube, sie beherrsche die praktische und geistige Situation, die KPD werde durch Marx überschätzt. Ihre Stärke sei ihre Disziplin, aber auch sie habe Demokratie, spreche falsch aus und schreibe sich mit falscher Orthographie. Es sei schwerer zu festzustellen, daß die Demokratie in Deutschland nicht viel stärker als die SPD sei.

Hannover, 10. Mai. (DANA) Die Stadt Hannover hatte sich für den Parteitag der SPD nach der Kapitulation festlich gerüstet. Überall in der Stadt, in den zerstörten Häusern und auf den Plätzen waren Transparente mit den Forderungen der Sozialdemokratie aufgestellt worden.

Nach Dr. Kurt Schumacher sprach der Vorsitzende der SPD Berlin, Franz Neumann, zunächst über die illegale Arbeit der SPD während des Krieges. Wenn die Berliner in den letzten Jahren einen schlechten Ruf gehabt hätten, dann ließe sich daran, daß die verbrecherische Resonanz der letzten 12 Jahre in Berlin saß, und daß man einige Tausende mit der Masse des arbeitenden Volkes verwechselt habe. Die Berliner Sozialdemokraten hätten während des Krieges ihre Partei im Geheimen wieder aufgebaut.

Deutschland habe fast unlösbare Probleme. Aber das schwerste mit sei das Siegerproblem, da die Sieger in ihrer Politik keinen gemeinsamen Generalnenner hätten. Das Siegerproblem sei eines der Pathos der Ueberredung und der Zwangserzwingung einer Politik, die von Frauen und Männern aus freier Erkenntnis und aus eigenem Willen getragen wird. Die Tatsache, daß wir in einem Fabrikraum unseren ersten Parteitag abhielten, ist ein Programm.

Ein Volk von hungrigen und verlungenen Menschen sei kein Sicherheitsfaktor, sondern ein Herd der Zerstörung und des Revanchegedankens. Wie ungeheuerlich sei die Propaganda der Vereinigung gewesen! „Ihr müßt Kommunisten werden, sei die Vereinigung angeweist, und die Vereinigung der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeiterpartei hätten alles Vorhersehbare übertrifft. Die SPD im Westen lasse sich nicht durchmachen, die Genossen im Osten seien stumm gemacht worden. (Zuruf: Stumpf gemacht!) Im Namen des Parteitagsgesetzes möchte er hinzufügen: Wir grüßen die stumme Armee und die hunderte Tausende Sozialdemokraten in der Ostzone, die erreichen wollen, was wir wollen. Deutschland wollen die Menschen demokratisch sein und man erlaube es ihnen nicht überall, Demokraten zu sein. Das Recht und die Wahrheit müßten Wirklichkeit werden.

In einigen Jahren solle Deutschland zwar den Lebensstandard von 1932 erreichen, es sei aber festzustellen, daß dieser Lebensstandard der wäre, unter dessen Voraussetzungen Hitler zur Macht gekommen ist. Es gäbe eine ausreichende Sicherung für die Zerstörung der deutschen Kriegswirtschaft, die Sicherheit für den Frieden und die Entmilitarisierung des deutschen Geistes. Aber diese Sicherung könnten nur geschaffen werden durch eine neue Wirtschaftsform in Deutschland, durch den Sozialismus unter demokratischer Kontrolle. In manchen Ländern seien die Grundlagen der Arbeiterbewegung auf anderer Basis entstanden. Und doch: die sozialistische internationale Arbeiterbewegung sei nicht möglich ohne deutsche Sozialdemokratie. Wirtschaftspolitik sei die wichtigste Voraussetzung zur Verminderung der deutschen Katastrophe. Das sei die Aufgabe des Tages: Entweder werde es eine sozialistische Kontrolle unserer Ökonomie sozialistisch und in der Politik demokratisch zu formen, oder wir würden aufhören, ein deutsches Volk zu sein.

Hannover, 10. Mai. (DANA) Die Stadt Hannover hatte sich für den Parteitag der SPD nach der Kapitulation festlich gerüstet. Überall in der Stadt, in den zerstörten Häusern und auf den Plätzen waren Transparente mit den Forderungen der Sozialdemokratie aufgestellt worden.

Nach Dr. Kurt Schumacher sprach der Vorsitzende der SPD Berlin, Franz Neumann, zunächst über die illegale Arbeit der SPD während des Krieges. Wenn die Berliner in den letzten Jahren einen schlechten Ruf gehabt hätten, dann ließe sich daran, daß die verbrecherische Resonanz der letzten 12 Jahre in Berlin saß, und daß man einige Tausende mit der Masse des arbeitenden Volkes verwechselt habe. Die Berliner Sozialdemokraten hätten während des Krieges ihre Partei im Geheimen wieder aufgebaut.

Deutschland habe fast unlösbare Probleme. Aber das schwerste mit sei das Siegerproblem, da die Sieger in ihrer Politik keinen gemeinsamen Generalnenner hätten. Das Siegerproblem sei eines der Pathos der Ueberredung und der Zwangserzwingung einer Politik, die von Frauen und Männern aus freier Erkenntnis und aus eigenem Willen getragen wird. Die Tatsache, daß wir in einem Fabrikraum unseren ersten Parteitag abhielten, ist ein Programm.

Ein Volk von hungrigen und verlungenen Menschen sei kein Sicherheitsfaktor, sondern ein Herd der Zerstörung und des Revanchegedankens. Wie ungeheuerlich sei die Propaganda der Vereinigung gewesen! „Ihr müßt Kommunisten werden, sei die Vereinigung angeweist, und die Vereinigung der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeiterpartei hätten alles Vorhersehbare übertrifft. Die SPD im Westen lasse sich nicht durchmachen, die Genossen im Osten seien stumm gemacht worden. (Zuruf: Stumpf gemacht!) Im Namen des Parteitagsgesetzes möchte er hinzufügen: Wir grüßen die stumme Armee und die hunderte Tausende Sozialdemokraten in der Ostzone, die erreichen wollen, was wir wollen. Deutschland wollen die Menschen demokratisch sein und man erlaube es ihnen nicht überall, Demokraten zu sein. Das Recht und die Wahrheit müßten Wirklichkeit werden.

In einigen Jahren solle Deutschland zwar den Lebensstandard von 1932 erreichen, es sei aber festzustellen, daß dieser Lebensstandard der wäre, unter dessen Voraussetzungen Hitler zur Macht gekommen ist. Es gäbe eine ausreichende Sicherung für die Zerstörung der deutschen Kriegswirtschaft, die Sicherheit für den Frieden und die Entmilitarisierung des deutschen Geistes. Aber diese Sicherung könnten nur geschaffen werden durch eine neue Wirtschaftsform in Deutschland, durch den Sozialismus unter demokratischer Kontrolle. In manchen Ländern seien die Grundlagen der Arbeiterbewegung auf anderer Basis entstanden. Und doch: die sozialistische internationale Arbeiterbewegung sei nicht möglich ohne deutsche Sozialdemokratie. Wirtschaftspolitik sei die wichtigste Voraussetzung zur Verminderung der deutschen Katastrophe. Das sei die Aufgabe des Tages: Entweder werde es eine sozialistische Kontrolle unserer Ökonomie sozialistisch und in der Politik demokratisch zu formen, oder wir würden aufhören, ein deutsches Volk zu sein.

Eine konkrete gemeinschaftliche Arbeit mit der KPD sei möglich, genau so, wie sie auch mit allen anderen Parteien möglich ist. Voraussetzung sei aber, daß man sich versuche, die SPD zu belügen und zu unterbilden, oder führen zu wollen. Die SPD werde es keiner Partei ersparen, Farbe zu bekennen.

Deutschland habe fast unlösbare Probleme. Aber das schwerste mit sei das Siegerproblem, da die Sieger in ihrer Politik keinen gemeinsamen Generalnenner hätten. Das Siegerproblem sei eines der Pathos der Ueberredung und der Zwangserzwingung einer Politik, die von Frauen und Männern aus freier Erkenntnis und aus eigenem Willen getragen wird. Die Tatsache, daß wir in einem Fabrikraum unseren ersten Parteitag abhielten, ist ein Programm.

Das Mittel der Unabhängigen Arbeiterpartei, Mitglied des Unterhauses, Fenne Brockway, überbrachte Grüße aus England. Nur ein sozialistisches Deutschland sei ein wirksamer Garant des Friedens. Sicherheit könne nicht dadurch erreicht werden, daß den deutschen Arbeitern Industrien gegenüber würden, sondern nur wenn sie internationalen Frieden erhalten, die sie brauchen. Es sei wichtig, daß die Nazidiktatur von morgen von der kommunistischen Diktatur von heute abgelöst werde. Er bezeichnete die KPD in Deutschland als den Agenten einer fremden Macht und mahnte die SPD darauf zu achten, daß sie nicht auch Agent einer fremden Macht werde. Brockway, der englisch sprach, schloß mit den deutschen Worten: „Genossen! Freundschaft, Friede, Freiheit!“

Das Hauptreferat, das zweieinhalb Stunden dauerte, hielt Dr. Schumacher über „Die Aufgaben und Ziele der Deutschen Sozialdemokratie“. Aus Raumgründen müssen wir es uns verkassen, die außerordentlich bedeutsame Rede im Wortlaut wiederzugeben.

Dr. Schumacher setzte sich mit den Fragen eines Parteiprogramms auseinander. Es sei nicht nötig, ein neues Programm zu entwerfen. Es zentriere sich Aktionsprogramm der SPD und die Hilfeleistung im Kleinen, solange Selbständigkeit und freie Entscheidung nicht zentral stehen seien. Wenn wir verantwortlich sein sollten, dann als Freie. Das deutsche Volk trüme darüber, daß der Krieg verloren ging, statt darüber zu trauern, daß er überhaupt geführt wurde. Es wäre eine Gipfelleistung der Gegenwart, die heutige Situation nicht erkennen zu wollen. Es hätte in Deutschland keine weiteren Manuskripte der Reaktion werden, die die früheren bürgerlichen Parteien lebten noch in der Vorstellungswelt alter Auffassung. Sie merken nicht, daß sich die Welt geändert hat, weil sie noch im Einklang mit der Diktatur konserviert werden.

Es hätten in Deutschland viele Leute zu lernen, was Demokratie eigentlich heißt. Die CDU glaube, sie beherrsche die praktische und geistige Situation, die KPD werde durch Marx überschätzt. Ihre Stärke sei ihre Disziplin, aber auch sie habe Demokratie, spreche falsch aus und schreibe sich mit falscher Orthographie. Es sei schwerer zu festzustellen, daß die Demokratie in Deutschland nicht viel stärker als die SPD sei.

Hannover, 10. Mai. (DANA) Die Stadt Hannover hatte sich für den Parteitag der SPD nach der Kapitulation festlich gerüstet. Überall in der Stadt, in den zerstörten Häusern und auf den Plätzen waren Transparente mit den Forderungen der Sozialdemokratie aufgestellt worden.

Nach Dr. Kurt Schumacher sprach der Vorsitzende der SPD Berlin, Franz Neumann, zunächst über die illegale Arbeit der SPD während des Krieges. Wenn die Berliner in den letzten Jahren einen schlechten Ruf gehabt hätten, dann ließe sich daran, daß die verbrecherische Resonanz der letzten 12 Jahre in Berlin saß, und daß man einige Tausende mit der Masse des arbeitenden Volkes verwechselt habe. Die Berliner Sozialdemokraten hätten während des Krieges ihre Partei im Geheimen wieder aufgebaut.

Deutschland habe fast unlösbare Probleme. Aber das schwerste mit sei das Siegerproblem, da die Sieger in ihrer Politik keinen gemeinsamen Generalnenner hätten. Das Siegerproblem sei eines der Pathos der Ueberredung und der Zwangserzwingung einer Politik, die von Frauen und Männern aus freier Erkenntnis und aus eigenem Willen getragen wird. Die Tatsache, daß wir in einem Fabrikraum unseren ersten Parteitag abhielten, ist ein Programm.

Ein Volk von hungrigen und verlungenen Menschen sei kein Sicherheitsfaktor, sondern ein Herd der Zerstörung und des Revanchegedankens. Wie ungeheuerlich sei die Propaganda der Vereinigung gewesen! „Ihr müßt Kommunisten werden, sei die Vereinigung angeweist, und die Vereinigung der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeiterpartei hätten alles Vorhersehbare übertrifft. Die SPD im Westen lasse sich nicht durchmachen, die Genossen im Osten seien stumm gemacht worden. (Zuruf: Stumpf gemacht!) Im Namen des Parteitagsgesetzes möchte er hinzufügen: Wir grüßen die stumme Armee und die hunderte Tausende Sozialdemokraten in der Ostzone, die erreichen wollen, was wir wollen. Deutschland wollen die Menschen demokratisch sein und man erlaube es ihnen nicht überall, Demokraten zu sein. Das Recht und die Wahrheit müßten Wirklichkeit werden.

In einigen Jahren solle Deutschland zwar den Lebensstandard von 1932 erreichen, es sei aber festzustellen, daß dieser Lebensstandard der wäre, unter dessen Voraussetzungen Hitler zur Macht gekommen ist. Es gäbe eine ausreichende Sicherung für die Zerstörung der deutschen Kriegswirtschaft, die Sicherheit für den Frieden und die Entmilitarisierung des deutschen Geistes. Aber diese Sicherung könnten nur geschaffen werden durch eine neue Wirtschaftsform in Deutschland, durch den Sozialismus unter demokratischer Kontrolle. In manchen Ländern seien die Grundlagen der Arbeiterbewegung auf anderer Basis entstanden. Und doch: die sozialistische internationale Arbeiterbewegung sei nicht möglich ohne deutsche Sozialdemokratie. Wirtschaftspolitik sei die wichtigste Voraussetzung zur Verminderung der deutschen Katastrophe. Das sei die Aufgabe des Tages: Entweder werde es eine sozialistische Kontrolle unserer Ökonomie sozialistisch und in der Politik demokratisch zu formen, oder wir würden aufhören, ein deutsches Volk zu sein.

Hannover, 10. Mai. (DANA) Die Stadt Hannover hatte sich für den Parteitag der SPD nach der Kapitulation festlich gerüstet. Überall in der Stadt, in den zerstörten Häusern und auf den Plätzen waren Transparente mit den Forderungen der Sozialdemokratie aufgestellt worden.

Nach Dr. Kurt Schumacher sprach der Vorsitzende der SPD Berlin, Franz Neumann, zunächst über die illegale Arbeit der SPD während des Krieges. Wenn die Berliner in den letzten Jahren einen schlechten Ruf gehabt hätten, dann ließe sich daran, daß die verbrecherische Resonanz der letzten 12 Jahre in Berlin saß, und daß man einige Tausende mit der Masse des arbeitenden Volkes verwechselt habe. Die Berliner Sozialdemokraten hätten während des Krieges ihre Partei im Geheimen wieder aufgebaut.

Deutschland habe fast unlösbare Probleme. Aber das schwerste mit sei das Siegerproblem, da die Sieger in ihrer Politik keinen gemeinsamen Generalnenner hätten. Das Siegerproblem sei eines der Pathos der Ueberredung und der Zwangserzwingung einer Politik, die von Frauen und Männern aus freier Erkenntnis und aus eigenem Willen getragen wird. Die Tatsache, daß wir in einem Fabrikraum unseren ersten Parteitag abhielten, ist ein Programm.

Ein Volk von hungrigen und verlungenen Menschen sei kein Sicherheitsfaktor, sondern ein Herd der Zerstörung und des Revanchegedankens. Wie ungeheuerlich sei die Propaganda der Vereinigung gewesen! „Ihr müßt Kommunisten werden, sei die Vereinigung angeweist, und die Vereinigung der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeiterpartei hätten alles Vorhersehbare übertrifft. Die SPD im Westen lasse sich nicht durchmachen, die Genossen im Osten seien stumm gemacht worden. (Zuruf: Stumpf gemacht!) Im Namen des Parteitagsgesetzes möchte er hinzufügen: Wir grüßen die stumme Armee und die hunderte Tausende Sozialdemokraten in der Ostzone, die erreichen wollen, was wir wollen. Deutschland wollen die Menschen demokratisch sein und man erlaube es ihnen nicht überall, Demokraten zu sein. Das Recht und die Wahrheit müßten Wirklichkeit werden.

In einigen Jahren solle Deutschland zwar den Lebensstandard von 1932 erreichen, es sei aber festzustellen, daß dieser Lebensstandard der wäre, unter dessen Voraussetzungen Hitler zur Macht gekommen ist. Es gäbe eine ausreichende Sicherung für die Zerstörung der deutschen Kriegswirtschaft, die Sicherheit für den Frieden und die Entmilitarisierung des deutschen Geistes. Aber diese Sicherung könnten nur geschaffen werden durch eine neue Wirtschaftsform in Deutschland, durch den Sozialismus unter demokratischer Kontrolle. In manchen Ländern seien die Grundlagen der Arbeiterbewegung auf anderer Basis entstanden. Und doch: die sozialistische internationale Arbeiterbewegung sei nicht möglich ohne deutsche Sozialdemokratie. Wirtschaftspolitik sei die wichtigste Voraussetzung zur Verminderung der deutschen Katastrophe. Das sei die Aufgabe des Tages: Entweder werde es eine sozialistische Kontrolle unserer Ökonomie sozialistisch und in der Politik demokratisch zu formen, oder wir würden aufhören, ein deutsches Volk zu sein.

des Krieges. Wenn die Berliner in den letzten Jahren einen schlechten Ruf gehabt hätten, dann ließe sich daran, daß die verbrecherische Resonanz der letzten 12 Jahre in Berlin saß, und daß man einige Tausende mit der Masse des arbeitenden Volkes verwechselt habe. Die Berliner Sozialdemokraten hätten während des Krieges ihre Partei im Geheimen wieder aufgebaut.

Deutschland habe fast unlösbare Probleme. Aber das schwerste mit sei das Siegerproblem, da die Sieger in ihrer Politik keinen gemeinsamen Generalnenner hätten. Das Siegerproblem sei eines der Pathos der Ueberredung und der Zwangserzwingung einer Politik, die von Frauen und Männern aus freier Erkenntnis und aus eigenem Willen getragen wird. Die Tatsache, daß wir in einem Fabrikraum unseren ersten Parteitag abhielten, ist ein Programm.

Das Mittel der Unabhängigen Arbeiterpartei, Mitglied des Unterhauses, Fenne Brockway, überbrachte Grüße aus England. Nur ein sozialistisches Deutschland sei ein wirksamer Garant des Friedens. Sicherheit könne nicht dadurch erreicht werden, daß den deutschen Arbeitern Industrien gegenüber würden, sondern nur wenn sie internationalen Frieden erhalten, die sie brauchen. Es sei wichtig, daß die Nazidiktatur von morgen von der kommunistischen Diktatur von heute abgelöst werde. Er bezeichnete die KPD in Deutschland als den Agenten einer fremden Macht und mahnte die SPD darauf zu achten, daß sie nicht auch Agent einer fremden Macht werde. Brockway, der englisch sprach, schloß mit den deutschen Worten: „Genossen! Freundschaft, Friede, Freiheit!“

Das Hauptreferat, das zweieinhalb Stunden dauerte, hielt Dr. Schumacher über „Die Aufgaben und Ziele der Deutschen Sozialdemokratie“. Aus Raumgründen müssen wir es uns verkassen, die außerordentlich bedeutsame Rede im Wortlaut wiederzugeben.

Dr. Schumacher setzte sich mit den Fragen eines Parteiprogramms auseinander. Es sei nicht nötig, ein neues Programm zu entwerfen. Es zentriere sich Aktionsprogramm der SPD und die Hilfeleistung im Kleinen, solange Selbständigkeit und freie Entscheidung nicht zentral stehen seien. Wenn wir verantwortlich sein sollten, dann als Freie. Das deutsche Volk trüme darüber, daß der Krieg verloren ging, statt darüber zu trauern, daß er überhaupt geführt wurde. Es wäre eine Gipfelleistung der Gegenwart, die heutige Situation nicht erkennen zu wollen. Es hätte in Deutschland keine weiteren Manuskripte der Reaktion werden, die die früheren bürgerlichen Parteien lebten noch in der Vorstellungswelt alter Auffassung. Sie merken nicht, daß sich die Welt geändert hat, weil sie noch im Einklang mit der Diktatur konserviert werden.

Es hätten in Deutschland viele Leute zu lernen, was Demokratie eigentlich heißt. Die CDU glaube, sie beherrsche die praktische und geistige Situation, die KPD werde durch Marx überschätzt. Ihre Stärke sei ihre Disziplin, aber auch sie habe Demokratie, spreche falsch aus und schreibe sich mit falscher Orthographie. Es sei schwerer zu festzustellen, daß die Demokratie in Deutschland nicht viel stärker als die SPD sei.

Hannover, 10. Mai. (DANA) Die Stadt Hannover hatte sich für den Parteitag der SPD nach der Kapitulation festlich gerüstet. Überall in der Stadt, in den zerstörten Häusern und auf den Plätzen waren Transparente mit den Forderungen der Sozialdemokratie aufgestellt worden.

Nach Dr. Kurt Schumacher sprach der Vorsitzende der SPD Berlin, Franz Neumann, zunächst über die illegale Arbeit der SPD während des Krieges. Wenn die Berliner in den letzten Jahren einen schlechten Ruf gehabt hätten, dann ließe sich daran, daß die verbrecherische Resonanz der letzten 12 Jahre in Berlin saß, und daß man einige Tausende mit der Masse des arbeitenden Volkes verwechselt habe. Die Berliner Sozialdemokraten hätten während des Krieges ihre Partei im Geheimen wieder aufgebaut.

Deutschland habe fast unlösbare Probleme. Aber das schwerste mit sei das Siegerproblem, da die Sieger in ihrer Politik keinen gemeinsamen Generalnenner hätten. Das Siegerproblem sei eines der Pathos der Ueberredung und der Zwangserzwingung einer Politik, die von Frauen und Männern aus freier Erkenntnis und aus eigenem Willen getragen wird. Die Tatsache, daß wir in einem Fabrikraum unseren ersten Parteitag abhielten, ist ein Programm.

Ein Volk von hungrigen und verlungenen Menschen sei kein Sicherheitsfaktor, sondern ein Herd der Zerstörung und des Revanchegedankens. Wie ungeheuerlich sei die Propaganda der Vereinigung gewesen! „Ihr müßt Kommunisten werden, sei die Vereinigung angeweist, und die Vereinigung der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeiterpartei hätten alles Vorhersehbare übertrifft. Die SPD im Westen lasse sich nicht durchmachen, die Genossen im Osten seien stumm gemacht worden. (Zuruf: Stumpf gemacht!) Im Namen des Parteitagsgesetzes möchte er hinzufügen: Wir grüßen die stumme Armee und die hunderte Tausende Sozialdemokraten in der Ostzone, die erreichen wollen, was wir wollen. Deutschland wollen die Menschen demokratisch sein und man erlaube es ihnen nicht überall, Demokraten zu sein. Das Recht und die Wahrheit müßten Wirklichkeit werden.

In einigen Jahren solle Deutschland zwar den Lebensstandard von 1932 erreichen, es sei aber festzustellen, daß dieser Lebensstandard der wäre, unter dessen Voraussetzungen Hitler zur Macht gekommen ist. Es gäbe eine ausreichende Sicherung für die Zerstörung der deutschen Kriegswirtschaft, die Sicherheit für den Frieden und die Entmilitarisierung des deutschen Geistes. Aber diese Sicherung könnten nur geschaffen werden durch eine neue Wirtschaftsform in Deutschland, durch den Sozialismus unter demokratischer Kontrolle. In manchen Ländern seien die Grundlagen der Arbeiterbewegung auf anderer Basis entstanden. Und doch: die sozialistische internationale Arbeiterbewegung sei nicht möglich ohne deutsche Sozialdemokratie. Wirtschaftspolitik sei die wichtigste Voraussetzung zur Verminderung der deutschen Katastrophe. Das sei die Aufgabe des Tages: Entweder werde es eine sozialistische Kontrolle unserer Ökonomie sozialistisch und in der Politik demokratisch zu formen, oder wir würden aufhören, ein deutsches Volk zu sein.

Hannover, 10. Mai. (DANA) Die Stadt Hannover hatte sich für den Parteitag der SPD nach der Kapitulation festlich gerüstet. Überall in der Stadt, in den zerstörten Häusern und auf den Plätzen waren Transparente mit den Forderungen der Sozialdemokratie aufgestellt worden.

Nach Dr. Kurt Schumacher sprach der Vorsitzende der SPD Berlin, Franz Neumann, zunächst über die illegale Arbeit der SPD während des Krieges. Wenn die Berliner in den letzten Jahren einen schlechten Ruf gehabt hätten, dann ließe sich daran, daß die verbrecherische Resonanz der letzten 12 Jahre in Berlin saß, und daß man einige Tausende mit der Masse des arbeitenden Volkes verwechselt habe. Die Berliner Sozialdemokraten hätten während des Krieges ihre Partei im Geheimen wieder aufgebaut.

Deutschland habe fast unlösbare Probleme. Aber das schwerste mit sei das Siegerproblem, da die Sieger in ihrer Politik keinen gemeinsamen Generalnenner hätten. Das Siegerproblem sei eines der Pathos der Ueberredung und der Zwangserzwingung einer Politik, die von Frauen und Männern aus freier Erkenntnis und aus eigenem Willen getragen wird. Die Tatsache, daß wir in einem Fabrikraum unseren ersten Parteitag abhielten, ist ein Programm.

Ein Volk von hungrigen und verlungenen Menschen sei kein Sicherheitsfaktor, sondern ein Herd der Zerstörung und des Revanchegedankens. Wie ungeheuerlich sei die Propaganda der Vereinigung gewesen! „Ihr müßt Kommunisten werden, sei die Vereinigung angeweist, und die Vereinigung der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeiterpartei hätten alles Vorhersehbare übertrifft. Die SPD im Westen lasse sich nicht durchmachen, die Genossen im Osten seien stumm gemacht worden. (Zuruf: Stumpf gemacht!) Im Namen des Parteitagsgesetzes möchte er hinzufügen: Wir grüßen die stumme Armee und die hunderte Tausende Sozialdemokraten in der Ostzone, die erreichen wollen, was wir wollen. Deutschland wollen die Menschen demokratisch sein und man erlaube es ihnen nicht überall, Demokraten zu sein. Das Recht und die Wahrheit müßten Wirklichkeit werden.

In einigen Jahren solle Deutschland zwar den Lebensstandard von 1932 erreichen, es sei aber festzustellen, daß dieser Lebensstandard der wäre, unter dessen Voraussetzungen Hitler zur Macht gekommen ist. Es gäbe eine ausreichende Sicherung für die Zerstörung der deutschen Kriegswirtschaft, die Sicherheit für den Frieden und die Entmilitarisierung des deutschen Geistes. Aber diese Sicherung könnten nur geschaffen werden durch eine neue Wirtschaftsform in Deutschland, durch den Sozialismus unter demokratischer Kontrolle. In manchen Ländern seien die Grundlagen der Arbeiterbewegung auf anderer Basis entstanden. Und doch: die sozialistische internationale Arbeiterbewegung sei nicht möglich ohne deutsche Sozialdemokratie. Wirtschaftspolitik sei die wichtigste Voraussetzung zur Verminderung der deutschen Katastrophe. Das sei die Aufgabe des Tages: Entweder werde es eine sozialistische Kontrolle unserer Ökonomie sozialistisch und in der Politik demokratisch zu formen, oder wir würden aufhören, ein deutsches Volk zu sein.

Seit Jahrestausenden führt der Wer der Menschheit durch eine Wüste von Ödland und Verwüsten. Spärlich sind die menschlichen Oasen, die diesen Weg säumen. In diesen Oasen wohnen und wohnen zu wollen, das große Glück. Brennendes Blickes vor das große Heer der Enterten vorüber, hoffend, selbst eine wahre Heimat zu finden. Die Hoffnung, ein Wunsch und der Wunsch wurde Wille, der sich selber zehet, entsprungen und genährt aus dem Willen, die Menschheit durch die Düsternis der Welt zu führen. Die Menschheit hat Glück und Reichtum dieser Erde. Der Sozialismus als Wissen, Wille und Ziel wurde zum Mittelpunkt des Denkens und Fühlens von Millionen in aller Welt.

Bernhard Shaw, der kluge Engländer, schloß einmal: „Und so qualit die Menschheit langsam hinauf auf jene höhere Ebene der menschlichen Gesellschaft, die gewöhnlich Sozialismus genannt wird.“

Die braunen Hasardeure wußten wohl, weshalb die Wurzeln der Idee des Sozialismus in den Herzen der deutschen Arbeiter zu liegen hatten. Und sie taten, was die Mächtigen der Welt immer getan hatten, wenn eine große Idee die Massen ergriff und erlöhen ließ: Sie wollten sie zu Verkündern und Vollendern dieser Idee zerrn, verzerrt, verfallen, in die „deutsche Sozialismus“ zur Phrase, zu Spitzbücherei, die wir wir ihn verstehen“, schrieb der Führer des deutschen Reiches, sein Kumpan, „der Führer des deutschen Arbeiter der Stirn und der Faust“ skortiert von einer traurigen Ehrenworte, die deutschen Arbeiter und Meister den Torso eines neuen Weltbildes zu bilden. Voll abgestäubt, stand die deutsche Arbeiterklasse abseits.

Wir stehen an der Schwelle des Neuen. Mächtigen, die schallt der Ruf „Sozialismus“ durch die Nacht unserer Zeit, kann einer ist unter den Forderungen der Massen erhebt. Wer zu den Massen gelangen will, muß sich bekennen. Und die alte Spiel will sich im neuen Gewand wiederholen. Die Akteure haben gewechselt, ihre Sprache ist andere, die Handlungen sind andere, die Absichten sind andere. Es wäre ein erziehlisches Schauspiel, wenn wir, würden Absicht und Hintergedanke nicht klar zu Tage treten. Wieder hören wir dieses „Sozialismus wie wir ihn verstehen.“ Mit voran, die alten Lehren hätten wir zu verlassen, man sei jedoch bereit, den Sozialismus, den wir lehnen man sich wohl hütet) auf neue christliche, ethische, einseitig geographische usw. Grundlagen zu stellen. Man sagt, daß das, was man schon immer, als eben der Sozialismus. Nur müsse er endlich aus dem primitiven Stadium der Verwirrung auf eine höhere Stufe gehoben werden. Der Sozialismus, dieses einstige Schreckgespenst, des friedlichen Bürgers, soll „gesellschaftsfähig“ werden.

Hier soll es, ein entscheidendes Veto einzuwerfen. Wir Sozialdemokraten (von sozialistischen Verfechtern neuerer Prozeduren abgesehen) oder Kommunisten, haben ein eigenes Studium und durch teuer bezahlten Schulunterricht erworbenes klares Bild dessen, was wir wollen, als daß man uns schulmeisterlich könnte. Er erfüllt die Forderung der Sozialisten, heißt: Ueberführung des Sozialismus in die Produktion und Produktionsmittel aus den Händen der Kapitalisten in den Besitz der gesamten Gesellschaft unter Führung der Arbeiterklasse; heißt Abschaffung von Lohnsklaverei und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, heißt Erzeugung neuer Erfordernisse, die die Produktion von Gütern, indem der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Erzeugung und privater Aneignung beseitigt wird, wird damit ein Verhältnis gesellschaftlich-rechtlich, was ökonomisch seit Bestehen der kapitalistischen Ordnung als gesellschaftliches Verhältnis existiert.

Es schließt jeder Vernunft und Logik im Geiste, daß über ein Erzeugnis, welches nur als Produkt eines weit verzweigten, komplizierten, in seiner Verflechtung alle Produktionsinstanzen der gesamten Gesellschaft umfassenden Arbeitsprozesses entstehen kann, die Produktion von Gütern, die persönlichen Nutzen abzielen, nicht möglich wird. Zu Unrecht haftet dem Begriff der Erzeugung der Kapitalisten das Odium eines kriminellen Aktes, eines Raubes von „widerrechtlich“ Besitz an. Der Sozialismus vollzieht nicht nur einen Wandel im Schöße des Kapitalismus gereiften rechtlichen Akte, er erfüllt gleichzeitig die hohe stiftliche Forderung, daß nur diejenigen, die die Früchte des Weinberges ernten, die ihn bebauen. Die Befreiung des Menschen durch den Menschen schafft die Voraussetzung zu einem Dasein, das wahrhaft das Menschliche würdig ist. Nur Unwissen um die historische Folgerichtigkeit dieses Erkenntnis der Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung kann Befürworter des Sozialismus, als wolle der Sozialismus nivellieren oder den gesellschaftlichen Reichtum beseitigen. Das Gegenteil ist richtig: Durch Aufhebung des auf der Ausbeutung beruhenden privaten Reichtums wird die soziale Gerechtigkeit ermöglicht und die Entwicklung seiner Fähigkeiten ermöglicht und die Erfüllung aller materiellen Bedürfnisse der Aufblühen einer neuen Kultur, die frei ist von den Gegensätzen und Widersprüchen der kapitalistischen Epoche, die ihre verblichenen Spannungen als vielfach verbeerbende philosophische, geschichtliche und biologische Lehren wiederpiegelt.

Wir Sozialdemokraten sind nicht ein Bekennerslehre wie die Arbeiterklasse. Hüten Sie die große Lehre wird die Sprecher zu prüfen wissen.

London, 10. Mai. (DANA) Die Unterhaufraktion der britischen Arbeiterpartei brachte am Mittwoch in geschlossener Sitzung eine Resolution ein, in der es heißt: „Die Teilnehmer an dieser Sitzung distanzieren sich von der Botschaft, die einige Mitglieder der Labour-Party nach Berlin gesandt haben und in der sie ihre Zustimmung zu der Versöhnung mit der KPD und der SPD in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zum Ausdruck brachten. Diese Botschaft entspricht in keiner Weise der Haltung der Fraktion.“

München, 10. Mai. (DANA) Die Bayerische Heimat- und Königspartei wurde am Freitag von Chef der Münchner Militärregierung, Oberst Eugen Keller, mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Die Partei, die sich die Wiedereinführung der Monarchie zum Ziele gesetzt hatte, wurde im Januar dieses Jahres für München zugelassen. König Ludwig der Dritte hatte im Jahre 1918 den Rumpf aufgeben müssen und sein Sohn, Kronprinz Rupprecht, sollte ihn mit Hilfe der Partei wieder bestigen. Vorsitzender der Königspartei war der Münchner Chirurg Prof. Max Lebsche.

Der Leiter der Abwehrabteilung der Militärregierung für Bayern, Major Peter Wacca, sagte in einer kurzen Stellungnahme zur Auflösung der Partei: „Die Partei wurde auf höheren Befehl aufgelöst. Königliche oder monarchistische Umtriebe werden in Bayern nicht mehr erlaubt.“

Nanking, 10. Mai. (AP) Die ursprünglich für den 6. Mai vorgesehene Einberufung der 2050 Delegierten bestehenden chinesischen Konstituierenden Nationalversammlung ist erneut verschoben worden. Generalissimo Tschiangkaichang erklärte dazu, die Einberufung einer Nationalversammlung sei nur möglich, wenn die Autorität der Zentralregierung durch den Frieden in Nord-China gestärkt und der Friede in ganz China sichergestellt sei. Er sei der Auffassung, daß dieser Tag nicht mehr erfüllt werden könne. Die Nationalversammlung erklärte am gleichen Tage General Peng-Scheng, der Chef der neu gebildeten kommunistischen Regierung der Handshurei, die chinesischen Kommunisten kontrollierten Gebieten. Der Prozent des mandchurischen Gebietes. Der General sagte weiter, er glaube an ein baldiges Ende des Bürgerkrieges, entweder durch Verhandlungen oder durch einen Sieg über die Armeen Tschiangkaichangs.

Stuttgart. Der Leiter des Straßen- und Verkehrsamtes Stuttgart, Emil Vollmer, wurde wie der württembergische Ministerpräsident, Dr. Reinhold Metz, bekanntlich, seines Amtes enthoben. Vollmer wird beurlaubt, in Bestechungsversuche verwickelt zu sein. Eine Ueberprüfung ist eingeleitet.

Wien. Die in Salzburg erscheinende Wochenzeitschrift „Die Woge“ ist von den amerikanischen Behörden in Österreich für die nächsten vier Ausgaben verboten worden. Die Zeitschrift hatte ein Bild veröffentlicht, auf dem Hitler zusammen mit Göring und Goebbels das oberrheinische Generalstabes abgebildet war.

Düsseldorf. Sieben russische Journalisten, die sich vom 7. bis 15. Mai in der Nord-Rheinprovinz aufhalten, bestellten am 8. Mai die Krupp-Werke in Essen. Auf ihrer Wirtschaft, Politik und die Journalisten mit Vertretern des Reiches

